Inhalt

- Brexit: May hält harten Kurs trotz Wahlniederlage
- Sharing Economy: EU-Parlament fordert mehr soziale Rechte
- Energieeffizienz: EU-Parlament beschließt neues Label-System
- industriAll Europe fordert Stärkung der EU-Handelsschutzinstrumente
- "Europa in Bewegung": EU-Kommission stellt Mobilitätskonzept vor
- Weiterer Schritt bei EU-Reform zur Kfz-Abgas-Kontrolle
- EU-Kommission: Deutschland muss mehr investieren und Nachfrage stärken

---

Brexit: May hält harten Kurs trotz Wahlniederlage

Die Brexit-Verhandlungen haben wie geplant am 19. Juni 2017 begonnen. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen in Großbritannien am 8. Juni 2017 war Theresa May allerdings geschwächt hervorgegangen.

Eigentlich hatte sich Premierministerin Theresa May durch die vorgezogenen Wahlen erhofft, den Vorsprung vor der Labour Party auszubauen und Rückendeckung für die bevorstehenden Brexit-Verhandlungen zu erhalten. Doch musste ihre Konservative Partei eine schwere Niederlage hinnehmen. Sie verlor im britischen Unterhaus die absolute Mehrheit. Die fehlenden Parlamentssitze soll die europaskeptische, nordirische Democratic Unionist Party (DUP) ausgleichen. Erwähnenswert hierzu ist, dass britische Regierungen bislang stets Neutralität gegenüber nordirischen Parteien bewahrten, um den Friedensprozess in Nordirland nicht negativ zu beeinflussen.
Die Labour Party ("Partei der Arbeit") unter der Führung von Jeremy Corbyn konnte ihre Parlamentssitze stark ausbauen. Sie gewann 30 Mandate hinzu. Mit dem Wahlslogan "For the many not the few" – Für die Vielen nicht den Wenigen, setzte Corbyn auf traditionell sozialdemokratische Themen wie der Verstaatlichung der Bahn, Besteuerung höherer Einkommen und der Abschaffung von Studiengebühren. Gerade junge Wählerinnen und Wähler konnte er damit begeistern. Die Liberal Demokrats, die einzige Partei, die im Wahlkampf klar für einen Verbleib Großbritanniens in der EU geworben hatte, konnte ihre Parlamentssitze von 8 auf 12 ausbauen. Dagegen hat die stark europaskeptische UK Independence Party (UKIP) keinen Parlamentssitz mehr erhalten. Generell hatte das Thema des Brexit nur eine untergeordnete Rolle im Wahlkampf gespielt. Vielmehr standen innenpolitische Themen wie die soziale Sicherung im Vordergrund.
Trotz Mays geschwächter Position und der noch andauernden Regierungsgespräche mit

der DUP, behält May ihren Kurs eines harten Brexit bei. "Der Brexit ist eine Bedrohung, nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Großbritannien", mahnt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Denn die britische Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren zu einem integralen Bestandteil europäischer und globaler Produktionsketten in vielen Bereichen geworden, vor allem der Automobilindustrie, der Luft- und Raumfahrt -und der Elektroindustrie. Das Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Folgen wird am Ende von den Verhandlungen und deren Ergebnissen abhängen. Aber der von May angekündigte 'harte Brexit' wäre das schlechteste Ergebnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich – und in der gesamten EU."

Sharing Economy: EU-Parlament fordert mehr soziale Rechte

Das EU-Parlament hat am 15. Juni 2017 einen Bericht zur kollaborativen Wirtschaft verabschiedet, in dem es einen sozialen digitalen Binnenmarkt fordert. Die IG Metall begrüßt die Initiative.

Die kollaborative Wirtschaft, auch bekannt als Sharing Economy, basiert auf sogenannten Peer-to-Peer-Transaktionen über Online-Plattformen. Laut EU-Kommission lagen die Bruttoerträge des Sektors 2015 in der EU bei ca. 28 Milliarden Euro. Zu erwarten sei laut Kommission, dass die Branche in den kommenden Jahren noch kräftig anwachsen und hohe Gewinne erzielen werde. Die Europaabgeordneten haben sich in einem Initiativbericht generell positiv zu diesem Trend geäußert. Die kollaborative Wirtschaft biete neue Möglichkeiten für flexible Arbeitsgestaltung und biete insbesondere jungen Menschen, Selbstständigen und ausgegrenzten Gruppen neue Chancen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt, heißt es im Bericht. Allerdings betonen die Abgeordneten, dass die neuen digitalen Geschäftsmodelle oftmals auch prekäre Arbeitsverhältnisse mit sich bringen. Sie fordern daher die Kommission und die nationalen Behörden dazu auf, faire Arbeitsbedingungen und rechtliche Mindeststandards für Beschäftigte in der Sharing Economy-Branche zu sichern. Insbesondere sollten Arbeitnehmerrechte wie das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen gewahrt werden.
Die IG Metall begrüßt die Forderungen der Europaabgeordneten. Die innovativen und kreativen Potenziale der kollaborativen Wirtschaft können nur dann zur Geltung kommen, wenn die neuen Geschäftsmodelle Hand in Hand mit gewerkschaftlicher Mitbestimmung, umfangreicher Beteiligung der Beschäftigten und fair geregelten Arbeitsverhältnissen gehen, so die IG Metall. Ein vom Hugo-Sinzheimer-Institut in Auftrag gegebenes Gutachten kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass zur Verbesserung der Situation von Crowdworkern sozialpolitischer Handlungsbedarf besteht.
Die IG Metall setzt sich insbesondere für faire Beschäftigungsbedingungen und die Arbeitnehmerrechte von Crowdworkern ein. Seit 2015 betreibt sie die Website "faircrowdwork.org", die als digitale Anlaufstelle für Crowdworker dient. Des Weiteren war die IG Metall federführend bei der "Frankfurter Erklärung" über Kriterien für gute Arbeit auf Plattformen.

- Pressemitteilung des EU-Parlaments
- Weitere Informationen zur HSI-Studie und den Aktionen der IG Metall

---

Energieeffizienz: EU-Parlament beschließt neues Label-System

Das EU-Parlament hat sich am 13. Juni 2017 auf neue Energie-Labels für Elektrogeräte geeinigt. Die derzeitige Skala soll damit nutzerfreundlicher werden und zu mehr Energieeffizienz führen.

Die Europaabgeordneten haben sich mit großer Mehrheit für eine Reform der Energieverbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten ausgesprochen. Laut der angenommenen Gesetzesinitiative soll das oftmals irreführende System mit Labels wie "A+++" für energieeffiziente Haushaltsgeräte durch ein leichter verständliches A-G-System ersetzt werden. Laut Kommission könnten mit dem neuen System jährlich 200 Terrawattstunden Energie eingespart werden. Haushalte würden durchschnittlich 490 Euro pro Jahr an Energiekosten sparen – europäische Unternehmen könnten bis zu 65 Milliarden Euro mehr verdienen.
Die vom Plenum des Parlaments verabschiedete Reform sieht außerdem die Einführung eines Produktregisters zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Marktüberwachung vor. Die Rahmenverordnung der Reform wird voraussichtlich im Juli 2017 in Kraft treten.

• Pressemitteilung des EU-Parlaments

---

industriAll Europe fordert Stärkung der EU-Handelsschutzinstrumente

Industriegewerkschaften in ganz Europa setzen sich weiter für wirksame und effiziente handelspolitische Schutzinstrumente der EU gegen unlautere Handelspraktiken ein. Auf diese gemeinsame Position einigte sich geschlossen der Exekutivausschuss von industriAll Europe am 8. Juni 2017 in London.

Der europäische Dachverband der nationalen Industrie-Einzelgewerkschaften, industriAll European Trade Union (iAE), spricht sich für eine Stärkung der EU-Handelsschutzinstrumente aus. Diese seien "für die Schaffung fairer und weltweit gleicher Wettbewerbsbedingungen und die Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs von zentraler Bedeutung, und sie müssen aktualisiert und gestärkt werden", heißt es in einem Positionspapier des iAE-Exekutivausschusses. Die Gewerkschafter begrüßen außerdem den Vorschlag des Rates der EU vom 3. Mai 2017 für eine neue Methode zur Berechnung von Antidumpingspannen und zur Bewertung von Marktverzerrungen in Drittländern. Dennoch blieben weiterhin Bedenken, ob dadurch das Dumping aus Ländern ohne Marktwirtschaftsstatus oder Ländern, die internationale Sozial- und Umweltabkommen ignorieren, wirksam bekämpft werden könne.
Die IG Metall, größte Mitgliedgewerkschaft von iAE, begrüßt die Zustimmung ihrer europäischen Schwestergewerkschaften für eine gemeinsame handelspolitische Ausrichtung. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der iAE-Exekutive, betonte, dass "in Zeiten globalen Handels ohne starkes soziales Fundament wirkungsvolle EU-Handelsschutzinstrumente erforderlich sind, um Industriebeschäftigte in Deutschland und Europa vor unfairem Sozial- und Umweltdumping zu schützen."

• Weitere Informationen zur iAE-Position

"Europa in Bewegung": EU-Kommission stellt Mobilitätskonzept vor

Die EU-Kommission hat am 31. Mai 2017 das "Mobilitätspaket" vorgelegt. Die Maßnahmen betreffen v.a. den Straßenverkehr.

Unter dem Titel "Europa in Bewegung" hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket vorgestellt mit dem Ziel eines wettbewerbsfähigen, sauberen und fairen europäischen Verkehrssektors. Veröffentlicht wurden zunächst Vorschläge zur Verringerung der CO2-Emissionen im Güterkraftverkehr, für mehr Verkehrssicherheit, zur Eindämmung illegaler Beschäftigung sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Branche.
Die Kommission kündigte weitere Vorschläge an, die auch neue Emissionssgrenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge enthalten sollen.
Das Europäische Parlament hatte am 18. Mai 2017 bereits seine Position zu Maßnahmen im Straßenverkehr festgelegt.

- Pressemitteilung der EU-Kommission
- Position des EU-Parlaments zum Straßenverkehr in der EU

Weiterer Schritt bei EU-Reform zur Kfz-Abgas-Kontrolle

Der EU-Ministerrat hat am 29. Mai 2017 seine allgemeine Ausrichtung zur Reform der Kfz-Typengenehmigung festgelegt.

Die EU plant, das Typengenehmigungs- und Marktüberwachungssystem für Kraftfahrzeuge zu reformieren. Die Kommission hatte am 27. Januar 2016 dazu ihren Entwurf vorgelegt mit dem Ziel, das bestehende System an die auf dem Markt verfügbaren neuen Technologien anzupassen sowie die Kontrollen in Hinblick auf Kfz-Abgaswerte zu verbessern. Die Europaabgeordneten einigten sich bereits am 4. April 2017 auf eine gemeinsame Position. Darin fordern sie strengere Zulassungsvorschriften für Neufahrzeuge und eine Stärkung der Verbraucherrechte.
Laut Reformvorschlägen des Ministerrates müsste jedes EU-Mitgliedsland eine jährliche Mindestanzahl an Kontrollen bei Fahrzeugen durchführen. Diese ergibt sich aus der Quote von 1 pro 50 000 der im jeweiligen Land im vorangegangenen Jahr zugelassenen neuen Fahrzeuge. Die Kontrollen sollen die Abgasprüfung im praktischen Fahrbetrieb umfassen. Weiterhin soll die Kommission befugt werden, anhand der Kontrollen die Einhaltung von Vorschriften nachzuprüfen und umgehend auf Unregelmäßigkeiten zu reagieren. Dies werde die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit des EU-Typgenehmigungssystems stärken, so die Minister.
In den nun folgenden Trilog-Verhandlungen der EU-Institutionen sollen die finalen Reformvorhaben abgestimmt werden.

- Pressemitteilung des Rates

EU-Kommission: Deutschland muss mehr investieren und Nachfrage stärken

Die EU-Kommission hat Deutschland in ihren länderspezifischen Empfehlungen vom 22. Mai 2017 dazu aufgefordert, öffentliche Investitionen auszuweiten und die Binnennachfrage zu stärken. Gewerkschaften begrüßen diese Einschätzung.

Die länderspezifischen Empfehlungen, die die Europäische Kommission einmal jährlich an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ausgibt, sind Teil des "Europäischen Semesters" zur wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den Ländern. In ihren diesjährigen Empfehlungen für Deutschland kritisiert die Kommission insbesondere den deutschen Exportüberschuss. Sie empfiehlt Deutschland, die Binnennachfrage zu stärken, um dadurch den Exportdruck von anderen EU-Ländern zu nehmen. Außerdem fordert die Kommission Deutschland dazu auf, öffentliche Investitionen auszubauen, vor allem in Bildung, Forschung und Entwicklung. Darüber hinaus rät die Kommission prekäre Jobs verstärkt in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln sowie die Steuer- und Abgabelast für Geringverdiener zu senken.
Die Kommissionsempfehlungen stießen auf breite Zustimmung unter den Gewerkschaften. Die IG Metall bewertet gemeinsam mit dem DGB die wirtschaftspolitische Einschätzung der Kommission als in weiten Teilen richtig. Deutschland werde aus makroökonomischer Sicht zu recht dazu aufgefordert, die öffentlichen Investitionen auf allen Ebenen auszuweiten und die Binnennachfrage zu stärken. Denn die enormen Exportüberschüsse Deutschlands schwächen die Wirtschaft im Euroraum und führen dazu, dass sich andere Länder Deutschland gegenüber verschulden. Die Empfehlungen der Kommission, Minijobber, Leiharbeiter und befristet Beschäftigte in reguläre Beschäftigung zu überführen sowie die Rahmenbedingungen für schnellere Lohnsteigerungen zu verbessern, deckt sich mit gewerkschaftlichen Forderungen nach stärkerer Tarifbindung und besserer Regulierung des Arbeitsmarktes. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) befürwortete die generelle Ausrichtung der Kommissions-Empfehlungen. "Es ist ein Fortschritt, dass die Europäische Kommission mehr öffentliche Investitionen und höhere Löhne in einigen Ländern, auch in Deutschland, fordert", so die stellvertretende EGB-Generalsekretärin Lehto-Kumulainen.

- Länderspezifische Empfehlungen 2017 für Deutschland
- Analyse des DGB-Bundesvorstandes "EU-Wirtschaft: Deutschlands Rolle muss sich ändern!"
- Pressemitteilung des EGB

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de

Newsletter bestellen Newsletter abbestellen

IG Metall Vorstand